

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Goffetten und J. B. v. Schweizer.

Abonnement-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. Südd., fl. 1. 50. Österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. **Inserate** (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Wir bitten, die Bestellungen auf den „Social-Demokrat“ für das nächste Quartal möglichst frühzeitig machen zu wollen.

Politischer Theil.

Berlin, 23. September.

Der Staatsstreich in Oesterreich muß noch einmal Gegenstand unserer Besprechung werden. Zunächst möchten wir vor einem Mißverständnis warnen.

Dadurch, daß der Kaiser aus eigener Machtvollkommenheit die Reichsverfassung (deren eigentlichen und wesentlichsten Theil) bis auf Weiteres abgeschafft hat, ist der nackte Absolutismus wieder eingetreten.

Nun ist aber formeller Absolutismus nicht mit wirklicher materieller Machtvollkommenheit eines Monarchen zu verwechseln. Ein formell (d. h. durch geschriebene Staatsgrundgesetze) beschränkter Fürst kann in Wahrheit, d. h. thatsächlich, in der Lage sein, ganz oder nahezu unumschränkt schalten zu können; und umgekehrt können einem formell unumschränkten Fürsten die Macht der thatsächlichen Verhältnisse für sein Handeln sehr enge Schranken gezogen sein; d. h. es ist eine Nichtübereinstimmung zwischen dem formell anerkannten Grundrecht eines Staates und den thatsächlichen Machtverhältnissen innerhalb desselben möglich.

Der Kaiser von Oesterreich nun befindet sich in der oben zuletzt bezeichneten Lage. Obgleich nunmehr, nach Beiseitsetzung der Reichsverfassung, als Oberhaupt des Gesamtreiches unumschränkt, ist er durch die Macht der Verhältnisse, insbesondere durch die kräftige und hartnäckige Haltung Ungarns, welchem er eine Einräumung nach der andern zu machen genöthigt ist, zur Stellung eines vergleichungsweise machtlosen Fürsten herabgedrückt. Daß der vermalige Absolutismus in Oesterreich mehr nur ein scheinbarer, kein wirklicher, eine weittragende Machtbefugniß gewährenden ist, wird sich aller Voraussicht nach zunächst in der Finanzfrage zeigen. Eine Anleihe wird, abgesehen von materiellen Gründen, unter nur einigermaßen erträglichen Bedingungen schon darum nicht zu Stande kommen, weil die Lage sich noch nicht formell geklärt hat, d. h. eine genügende Uebereinstimmung der formellen Staatsgrundgesetzgebung mit der jetzigen thatsächlichen Lage noch nicht erreicht ist, welcher Sachverhalt, sobald faßbar hervortretend, jederzeit Mißtrauen erregen muß.

Die eigentliche Bedeutung des jüngsten Vorganges in Oesterreich läßt sich also bezeichnen:

Während bisher der Kaiser mehr der Form nach, weniger thatsächlich, durch die einigermaßen im modernen Sinne gehaltene Reichsverfassung gebunden war, ist er jetzt mehr thatsächlich, vorerst noch weniger der Form nach, in erster Linie durch

den Willen Ungarns, in zweiter Linie überhaupt durch den Willen der größeren, nicht deutschen Kronländer, und zwar in vorwiegend aristokratischer Weise, gebunden. —

Was uns aber noch besonders bei Gelegenheit des österreichischen Staatsstreiches interessieren muß, ist die starke Bloßlegung des modernen Constitutionalismus in seiner ganzen Hohlheit, wie fortwährend in Europa so auch bei dieser Gelegenheit.

Und daß dies vollständig geschehe, dazu tragen die eigenen Bannerträger des Constitutionalismus ihr Möglichstes bei.

Wir können dies durch ein einziges Beispiel zeigen. An ihre Veröffentlichung des kaiserlichen Manifestes knüpft die Wiener „Presse“ nachfolgende wahrhaft Mitleid erregende Aeußerung:

„Der Ausdruck des allerhöchsten Willens gegenüber verstummt die freie Kritik. Im constitutionellen Staate sieht sich der freisinnige Publicist nur an die Handlungen und Kundgebungen der Regierungen und Parlamente gewiesen; jedes öffentliche Urtheil findet seine Schranke an dem unverbrüchlichen Grundsatz, niemals die Krone in die Discussion hineinzuziehen. Das Aeußerste, worauf wir uns diesmal einlassen dürfen, ist, die leitenden Gedanken des Manifestes in rücksichtsvoller Weise zu analysiren.“

Man bedenke!

Der Kaiser schafft die von ihm als unwiderruflich ertheilte und feierlichst verbrieft und gewährleistet Verfassung eigenmächtig und kurzer Hand ab. Und da kommt dieses constitutionell-liberale Halbmenschenhum und erklärt: In einem constitutionellen Staate dürfen nur die Handlungen der Minister etc., nicht die des Monarchen kritisiert werden.

In einem Augenblick, wo der Kaiser die Verfassung mit Füßen tritt, wird verächtlich, verfassungsmäßig dürfte der Kaiser nicht kritisiert werden.

Giebt es in der politischen Welt so weit Sonne und Mond scheinen etwas Poffenhafteres als diese moderne Constitutionswirtschaft und diesen „constitutionellen Geist“ — dieses Ideal des politischen Hanswurstenthums! —

Berlin, 23. September.

Der Rundschauener der Kreuzzeitung hat, wie seinerzeit bemerkt wurde, den letzten Theil seines vor Kurzem veröffentlichten längeren Aufsatzes „der Landtag von 1865“ der Arbeiterfrage gewidmet, und wir finden uns veranlaßt, noch einmal hierauf zurückzukommen.

Allem vorgängig müssen wir bemerken, daß es lediglich unsere Aufgabe sein kann, aus diesem einbeine säul der großen Spalten der „Kreuzztg.“ fallenden letzten Theile des Artikels einige wesentlichere oder besonders bezeichnende Stellen wiederzugeben, mit Beifügung etlicher Bemerkungen. Eine eigentliche Widerlegung des Gesamtinhaltes ist unnöthig.

Der Artikel, der beiläufig gesagt, die frühere Genauigkeit und Klarheit des Verfassers stark vermissen läßt und an arger Verächtheit leidet, beginnt, die Arbeiterfrage zur Behandlung stellend, mit folgender sonderbarer Auslassung:

Das erste ist, daß wir die Frage begrenzen. „Arbeiter“, — der Gegensatz, der zunächst sich darbietet, ist jemand der nicht arbeitet, und daher, — so kann man leicht hinzudenken — „auch nicht essen soll“, ein Coupon-Abschneider, ein Müßiggänger. —

Aber man meint in der Arbeiterfrage nicht einmal alle die von ihrer Hände Arbeit leben, sondern auch von diesen nur den geringsten Theil, wesentlich die Fabrikarbeiter und einen Theil der Handwerker, auch wohl noch einige verwandte Kategorien. Man denkt wenig an die ländlichen Tagelöhner und Knechte, auch wie es scheint, gar nicht an die zahlreiche Gehilfenchaft der Kaufleute, der Gast- und Schenkwirthe und so vieler andern Gewerbetreibenden, nicht an die große Klasse des häuslichen Gesindes u. s. w.

Wo in aller Welt hat der Rundschauener diese Weisheit her? Wer hat ihm gesagt, daß z. B. wir, die vorzugsweise die Arbeiterfrage der Lösung entgegenreiben (wenn auch nicht in rundschauertlicher Weise) „nicht an ländliche Tagelöhner und Knechte denken“ u. s. w. Was wir wollen und erstreben, das wollen und erstreben wir für schlechterdings Alle, und nur dies Eine kann, für den Fall einer zu versuchenden Anbahnung friedlicher Lösung (wozu übrigens keinerlei Aussicht vorhanden ist), fraglich sein: wo und bei wem in socialer Beziehung — die Forderung der politischen Rechte für Alle ist ohnedem eine schlechthin gleiche und mit Einem Schlage gleichzeitig verwirklichtbare — am zweckmäßigsten der Anfang gemacht werde. Aus Gründen, die hier auszuführen zu weitläufig wäre, hätte dies allerdings bei den städtischen Arbeitern zu geschehen. Aber so viel steht fest, daß die ländlichen Arbeiter in socialer ebenso gut wie in politischer Beziehung genau dasselbe Recht wie die städtischen haben, daß überhaupt jeder Mensch ganz dasselbe natürliche Recht wie alle andern hat, und daß darum bei Jeglichem, was in unserm Sinne geschehen sollte, unbedingt auf das Interesse der Gesamtheit gesehen werden mußte.

Die rundschauertliche Weisheit, die in obiger Stelle liegt, ist uns um so räthselhafter, als auch von Seiten der Fortschrittspartei eine willkürliche Trennung zwischen den unter den Begriff „Arbeiter“ Fallenden, ein Einschränken des Begriffes auf einen möglichst engen Kreis niemals vorgenommen wurde. Die Fortschrittspartei begehrt weit lieber den entgegengegesetzten Fehler. Man hört die Herren Fabrikanten versichern: „Auch ich bin Arbeiter“ und dgl. — Alles blos zum Zweck, die tiefe Klust zu verdecken, welche zwischen den Arbeitern und Nichtarbeitern besteht.

Der Rundschauener fährt fort:

Es ist auch nicht wahr, daß die Arbeiter als angeblicher vierter Stand der Bourgeoisie als drittem Stande bent zu Tage gegenüber stehen, und daß es auf den

Kampf dieses vierten gegen den dritten Stand jetzt an-
tonne.

Die Arbeiterfrage und diejenigen, die man sonst mit der „Arbeiterfrage“ meint, sind überhaupt kein Stand und haben auch keine Aussicht ein Stand zu werden. Zur Bildung eines Standes — wenn dieses Wort irgend einen socialen oder politischen Sinn haben soll — reicht Gleichheit oder Aehnlichkeit der Beschäftigungen und Interessen nicht hin. Sonst müßten die Kinder als solche, die Schulkinder, die Jungfrauen, die Mütter, die Väter, das Gefolge u. s. w., auch Stände bilden, jede dieser Klassen einen Stand. Der Begriff eines Standes erfordert als wesentliche Elemente einen gewissen Grad von geschlossener Ganzheit in sich selbst und von Selbstständigkeit, Bedeutung und Macht innerhalb eines größeren Ganzen, eines Staats oder der Christenheit oder der civilisirten Welt und, diesem größeren Ganzen gegenüber, ein gemeinschaftliches Bewußtsein seiner Geschlossenheit und Selbstständigkeit, ferner so viel gemeinsame Intelligenz und Organisation als zum gemeinsamen Willen und Handeln erforderlich ist.

Wozu diese Ausföhrung? Daß der Arbeiterstand kein Stand im eigentlichen, hergebrachten-historischen Sinne ist, so wie die Stände des Mittelalters, ist richtig — richtig sogar aus ähnlichen Gründen wie die vom Kunstschauer angegebenen. Wenn hin und wieder auch bei uns von einem Arbeiterstande die Rede ist, so geschieht dies vermöge einer Ungenauigkeit, welche man nicht allzuhoch aufnehmen sollte.

Aber was beweist das Gesagte? Wenn auch kein Arbeiterstand in der modernen Gesellschaft besteht, so ist doch eine nach Millionen zählende Arbeiterklasse vorhanden d. h. ein Inbegriff von Personen, welche durch ihre gleichartige thatsächliche Stellung in der Gesellschaft gleiche Interessen haben und daher auch, bei zunehmender Erkenntnis ihrer Lage, immermehr von gleichem, einheitlichem Geiste besetzt werden.

Die Arbeiterklasse — wir bedienen uns fast immer dieses Wortes, selten des Ausdrucks Arbeiterstand — will den natürlichen Anspruch auf politische und sociale Gleichberechtigung zur Verwirklichung bringen. Mit der nichtsagenden Behauptung, es sei kein „Stand“ im eigentlichen Sinne vorhanden, ist gegen diesen Anspruch, gegen die Berechtigung des Strebens der Millionen Arbeiter, die der Hauptsache nach sich alle in gleicher materieller (socialer) und politischer Lage befinden, gegen das social-politische Streben dieser ungeheureren Klasse der Bevölkerung gar nichts bewiesen. Worauf es ankommt, ist vielmehr nur dies: daß sämtlichen Menschen (nicht nur einzelnen Klassen der Bevölkerung) der Eintritt in ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht werden muß.

Was aber, um zum Schlusse zu kommen, in den rundschauerlichen Auslassungen unserer Leser am meisten interessiren wird, ist nachstehende Stelle:

Die Unfern sollten sorgfältig jeden Schein vermeiden, als liebäugelten wir mit den argen Schwärmereien (!) Paffalle's, oder, wie Walde den Vorwurf andrückt, als „Lokettirten“ wir mit der „heiligen Demokratie“, oder als wollten wir aus irgend einer Aufregung der Arbeiter politisches Capital machen. Dieser Spieß würde in unserer Hand sich rasch umdrehen und uns selbst verwunden. Am wenigsten sollten wir drohen mit künftigen Arbeiter-Unruhen. Der Massenschritt der Bataillone der Arbeiter in den Straßen ist politisch nicht fürchtbar, (?) auch dann nicht, wenn sie es zu einigen Excessen, zum Demoliren von Häusern, oder gar zu Mord und Brand bringen sollten. Nur als Rohstoff für politische Potenzen können solche Massen in Betracht, für Potenzen, die weit über ihnen stehen. Im höchsten Grade gefährlich dagegen sind Staatsmänner — wenn man sie noch Staatsmänner nennen kann — die vor jenem Massenschritt sich fürchten. Und diese Furcht zu nähren, wohl gar zu entschuldigen, davon sollte unser Gewissen und unsere besten Interessen uns zurück halten, es möchten sonst neue Märztage über uns kommen.

Man sieht, ein Theil der Conservativen hat vor der Arbeiterfrage, zu deren Behandlung doch bisher im Kreise der preussischen Conservativen entschieden aufgemuntert wurde, ebenso wie das Fortschrittslerthum eine töllische Angst, steht bereits „Excesse“, Demoliren von Häusern, Mord und Brand, *) und es

wird sich auch bei dieser Gelegenheit bewahrheiten müssen, was Paffalle in der jüngst veröffentlichten Rede sagt: Uns gegenüber sind Conservative und Liberale Eine reaktionäre Masse. —

Deutschland.

* Berlin, 23. Sept. [Aus den Herzogthümern] wird telegraphisch berichtet, daß die österreichische Brigade dortselbst sofort um 600 Mann dauernd reducirt werden soll.

[Der General v. Mantuffel] hat am 17. d. an das ihm von Herrn v. Zedlitz vorgestellte Personal der neuen schleswischen Regierung eine Ansprache gehalten und darin unter Anderm folgende Behauptungen aufgestellt:

Glauben Sie mir, ich kenne die europäischen Kabinette einigermaßen und ich weiß wohl zu beurtheilen, in wie weit das bisherige Treiben in den Herzogthümern diesen nur zum Nachtheile gereicht. So viel an mir liegt, werde ich daher auch diesem Treiben mit aller Strenge und allem Nachdrucke entgegenzutreten, bei allen Maßnahmen aber mich nur von dem Wohle und dem Interesse der Herzogthümer leiten lassen. Ich kann dabei mich nur zunächst auf das Herzogthum Schleswig beschränken, denn wenn auch die Zusammengehörigkeit der beiden Herzogthümer, das merken Sie sich wohl, durch das Kondominium gewahrt worden und stets gewahrt werden wird, so ist doch die Verwaltung zur Zeit getrennt, und wir können daher nur indirekt für das Wohl Hofsteins wirken, indem wir nämlich bemüht sind, das geistige und materielle Wohl des Herzogthums Schleswig bestmöglichst zu fördern und auf solche Weise eine bessere Erkenntnis vorbereiten, die schließlich dem Herzogthum Holstein wieder zu Gute kommen muß. Und darum bitte ich Sie, meine Herren, freundlichst und dringend, sich stets von diesem Gedanken leiten zu lassen, sich fern zu halten von allem politischen Parteileben und lediglich das wahre Wohl und die materiellen Interessen des Landes vor Augen zu haben und ihnen allein zu dienen. Alles Andere, wie das politische Vereinstreben, Anfeindung und Verfolgung, verlängert nur den unheilvollen Zwischenzustand und führt nur vom gemeinsamen (?) Ziele immer mehr ab, anstatt sich ihm zu nähern.

[Ueber den Gothaismus] bemerkt ganz richtig die „N. Frankf. Ztg.“:

„Die Freiheit ist der Güter höchstes nicht, der Uebel größtes aber ist die Kleinhaaterei!“ So ruft man dem deutschen Volke allen Ernstes zu, und rühmt sich dabei gut liberal zu sein! Werst doch das überflüssige Ding, die Freiheitsgedanken hinweg, werdet bismarckisch-großpreussisch und ihr habt — der Güter höchstes erlangt! — So haben die Großpreußen freilich nicht immer geredet. Als die „Preussische Spige“ in die Mode gebracht wurde und die „Neue Aera“ funkte, da sprachen sie von Freiheit und Einheit, die für Deutschland zu gewinnen sei. Jetzt heißt es: Preussens Herrschaft müsse ausgedehnt werden, dann komme die Freiheit von selbst. Allein — es finden sich keine Stäubigen. Da wird uns halb verpöhlen ein Zustand gepriesen, der im Chinathum seine höchste Vollendung erreicht hat: Keine Freiheit, aber Einheit — von 500 Mill. Sklaven! Wahrlich ein würdiges Vorbild für die deutsche Nation! Der Gothaismus hat sich selbst die Krone aufgesetzt.

[Den bevorstehenden Abgeordneten-tage betreffend] haben die bayrischen Mitglieder des Sechshunddreißiger Ausschusses an ihre Collegen in der bayrischen Abgeordnetenkammer ein besonderes Rundschreiben mit der dringenden Aufforderung um zahlreiches Erscheinen auf dem Abgeordneten-tage erlassen.

[Die beständigen Zeitungsconfiscationen in Preußen] haben jetzt selbst ein conservatives Blatt, die „D. Preuss. Ztg.“, in Harnisch gebracht. Dasselbe schreibt Zeter und Mordio, weil es wegen des Telegramms, welches einen Auszug aus der Russel'schen Note enthielt, confiscirt wurde — ein allerdings besonders starker Fall!

[Zur Angelegenheit Bärensprung-Selma] dringt jetzt Herr Elias Friedländer in und Zukunft“ (Duisburg, Verlag von Hall und Volmer):

„Wenn eine Erschütterung des öffentlichen Rechtszustandes eintritt, so wird die größte Gefahr immer da sein, wo gar keine socialen Theorien vorhanden sind. Der Arbeiter, welcher irgend einem kommunistischen System anhängt, wird bei der allgemeinen Erschütterung der Gesellschaft zuerst daran denken, eine provisorische Regierung zu bilden; während der conservative Proletariat schon ganz munter demolitirt oder plündert. Jener wird sich damit beschäftigen, eine Idee in die Wirklichkeit einzuführen; dieser macht sich nur den Augenblick zu nütze.“

einer Entgegnung auf die „Berichtigung“ des stellvertretenden Polizeipräsidenten Strom auf eine gerichtliche Untersuchung der Sache, wobei er die gemachten Angaben insgesammt bewiesen werde.

[Neue Rechtswidrigkeit des Bürgermeisters Hülsmann.] Aus Iserlohn erhalten wir nachstehendes Schreiben:

Der Unterzeichnete, Bauunternehmer Carl Gewiß, gebürtig aus Friedersdorf, Kreis Gräberberg, hat an die Stadt Iserlohn eine Forderung. Heute Nachmittag begab ich mich zum Magistrats-Büreau, und erlaubte mich bei dem Stadtsecretair Hellmann, wann ich das Geld ausgezahlt erhalten werde. In demselben Augenblick betrat der Bürgermeister Hülsmann das Bureau, ergriff mich sofort am Arm mit den Worten: „Wenn Sie mich auf der Straße nicht kennen, dann brauchen Sie mich auch hier nicht zu kennen.“ Darauf warf mich der edle Herr höchstgenädigt zur Thür hinaus. — So bezahlt der Bürgermeister in Iserlohn sächsische Schulden. Die Thatsache spricht für sich selbst.

Geehrte Redaction bitte ich um Aufnahme vorstehender Zeilen in Ihre geschätzte Zeitung. Achtungsvoll Iserlohn, 21. Sept. 1865. Gewiß.

Wien, 21. Sept. [Zur großen Finanz-Confusion.] Die officöse „Generalcorrespondenz“ sagt in einem Artikel über das neue Anlehen, indem sie den baldigen, allseitig befriedigenden Abschluß desselben in Aussicht stellt: Das neue Anlehen sei im Frieden für den Frieden contrabirt; es sei nur in seinem geringsten Theile für die Ausgleichung des Deficits, hauptsächlich und in erster Linie zur Tilgung der Bankschuld, zur Rückzahlung der von dem früheren Finanzminister im Auslande aufgenommenen Vorschüsse und zur Einlösung der die Maximalsumme von 80 Millionen überschreitenden Hypothek-Anweisungen (Salinenscheine) bestimmt und stelle sich daher dem Geldmarkte nicht als neue Schuld, sondern als eine Umwandlung der schwebenden in eine consolidirte Schuld dar. Die Nationalbank werde ihrer, durch 17 Jahre vielfach gehemmten, die volkswirtschaftliche Entwicklung der Monarchie mächtig fördernden Thätigkeit wieder zurückgegeben, der Landes-zinsfuß nicht länger durch die Konkurrenz des Staates vertheuert, die Steuerkraft des Landes nicht weiter angespannt werden. Zu dem Ende seien bereits beträchtliche Ersparungen im Staats-haushalt vorangegangen und anderweitige würden sich zuverlässig ergeben. Die „Generalcorrespondenz“ hebt schließlich noch als bedeutungsvolles Moment die bestehenden persönlichen Beziehungen zwischen dem jetzigen Finanzminister und den Chef des mächtigsten Bankhauses der Welt (Rothschild), sowie den hervorragenden Vertretern des großen englischen Geldmarktes hervor, welche Beziehungen ganz besonders zur Erwartung eines baldigen, befriedigenden Abschlusses berechtigen (?).

Hannover, 21. Sept. [Schon wieder ein „Umchwung.“] Die „Neue Hannoversche Zeitung“ meldet amtlich, daß Graf Borries zum Präsidenten, und Landdrost Staatsminister a. D. Bacmeister zum Vicepräsidenten des Staatsraths ernannt sind.

Ausland.

* Paris, 21. Sept. [Tagesbericht.] Hr. Drouyn de Lhuys ist wieder in Paris zurück. Er empfing bereits die japanische Mission. — Der Abend-Moniteur meldet, daß die Königin Isabella von Spanien, laut amtlicher Anzeige, in segneten Umständen sei und daß zur Feier dieses glücklichen Ereignisses drei Tage lange öffentliche Lustbarkeiten stattfinden sollen. — Der Municipalrath von San Sebastian hat beschlossen, den Saal, in welchem der Kaiser und die Königin von Spanien ihre Zusammenkunft gehabt, mit einer „dieses große Ereigniß verewigenden Inschrift zu versehen“ und als einen unabharen Ort heilig zu halten! — Das Dorf Lebachamps im Puy-de-Dome-Departement ist mit Ausnahme von Kirche und acht Häusern gänzlich abgebrannt. Das Feuer entstand durch die Unvorsichtigkeit einer Frau, unter deren Händen sich Del entzündete. In einem Augenblick stand das Haus in Flammen, und da nicht gleich Hilfe da war, ein scharfer Nordwind wehte und außerdem alle Häuser mit Stroh gedeckt waren, so brannte bald das ganze Dorf. Vier

*) Sehr treffend sagt in dieser Beziehung Herr Dr. Lange in Duisburg in seiner Schrift: „Die Arbeiterfrage in ihrer Bedeutung für Gegenwart